

Begründung zur 29. Änderung des Flächennutzungsplans

Stand: 02/2018
§§ 3 (2)/ 4 (2) BauGB

Dr.-Ing. W. Schwerdt Büro für Stadtplanung GbR

Bearbeiter: Dipl.-Ing. H. Schwerdt

Inhalt:

Inhalt: 2

1.0	Vorbemerkung	3
1.1	Landes- und regionalplanerische Einordnung; Ziele der Raumordnung	3
1.2	Entwicklung des Flächennutzungsplans/ Rechtslage/ Darstellungsform	5
1.3	Notwendigkeit der Planaufstellung, Ziele, Zwecke und Auswirkungen des Flächennutzungsplans	6
2.0	Planinhalt/ Begründung	6
2.1	Sonderbaufläche (S) gem. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauNVO	6
2.2	Erschließung	7
2.3	Immissionsschutz	7
2.4	Natur und Landschaft	9
3.0	Umweltbericht	12
3.1	Einleitung	12
3.1.1	Inhalt und Ziele des Bauleitplans	12
3.1.2	Ziele des Umweltschutzes	12
3.2	Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen	13
3.2.1	Bestand	13
3.2.2	Entwicklungsprognose	14
3.2.3	Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung sowie zur Kompensation	15
3.2.4	Andere Planungsmöglichkeiten	15
3.3	Zusatzangaben	16
3.3.1	Verwendete Verfahren/ Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Umweltprüfung	16
3.3.2	Überwachung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt	16
3.3.3	Allgemeinverständliche Zusammenfassung	16
3.3.4	Quellenangaben	16
4.0	Maßnahmen der technischen Infrastruktur	17
5.0	Flächenbilanz	17
6.0	Hinweise aus Sicht der Fachplanungen	17
7.0	Ablauf des Planaufstellungsverfahrens	18
8.0	Zusammenfassende Erklärung	18
8.1	Planungsziel	18
8.2	Berücksichtigung der Umweltbelange und der Beteiligungsverfahren/ Abwägung	18
9.0	Verfahrensvermerk	18

1.0 Vorbemerkung

1.1 Landes- und regionalplanerische Einordnung; Ziele der Raumordnung

Die Stadt Wittingen liegt im Nordosten des Landkreises Gifhorn. Die aus 26 Ortsteilen bestehende Stadt hat zurzeit rd. 11.600 Einwohner. Naturräumlich gesehen ist Wittingen der Lüneburger Heidelandschaft¹⁾ zuzuordnen.

Für die Stadt Wittingen gilt das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP)²⁾. Das Landes-Raumordnungsprogramm legt aufgrund der zentralörtlichen Gliederung die Ober- und Mittelzentren fest. Gemeinsam mit den Grundzentren bilden sie die zentralen Orte, die im Sinne eines dauerhaften Erhalts ausgewogener Siedlungs- und Versorgungsstrukturen zu sichern und zu entwickeln sind (2.2.01). In der Funktion eines Mittelzentrums (2.2.05) hat die Stadt Wittingen zentralörtliche Einrichtungen und Angebote für den gehobenen Bedarf vorzuhalten (2.2.03).

Für die ländlichen Regionen formuliert das Landesraumordnungsprogramm die Zielstellung, die gewerblich-industriellen Strukturen sowie die Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume in ihrer Eigenart zu erhalten und gleichzeitig den Anschluss an den internationalen Wettbewerb durch Entwicklung und Einsatz von innovativer Technik zu halten (1.1.07).

Neben der Sicherung und Entwicklung von Siedlungsstrukturen (2.1.02) und Versorgungsstrukturen (2.3.01) sind auch Natur und Landschaft (3.1.2 01) zu berücksichtigen. Zeichnerisch stellt das LROP neben den Haupteinrichtungen der Verkehrsinfrastruktur (4.1.2 und 4.1.3) – darunter auch die Verlängerung der A 39 – auch den Hafen Wittingen (4.1.4) am Elbe-Seiten-Kanal dar. Zusätzlich werden für die Gebiets-einheit Vorranggebiete Natura 2000 (3.1.3) und Gebiete für die Trinkwassergewinnung (3.2.4) u. a. auch in der bebauten Ortslage der Ortschaft Wittingen dargestellt.

Als Mitglied des Regionalverbandes Großraum Braunschweig gilt für die Stadt Wittingen das Regionale Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum schweig³⁾.

In dem Großraum Braunschweig sollen u. a. die Siedlungs- und Freiraumfunktion sowie die Verkehrsinfrastruktur gesichert und entwickelt werden. Dabei ist die Siedlungsentwicklung vorrangig auf das zentralörtliche System – dem System der dezentralen Konzentration folgend – auszurichten, u. a. mit der Aufgabe für die Stadt in ihrer Funktion als Schwerpunktraum der Siedlungsentwicklung zentrale Einrichtungen und Angebote für den gehobenen Bedarf vorzuhalten.

In dem Ortsteil Wittingen leben rd. 4.574 Einwohner (Stand: 31.12.2013). Als überörtliche Erschließung führt die Bundesstraße 244 von West nach Südost durch die Ortslage.

Durch das Stadtgebiet verläuft die elektrifizierte Bahntrasse Wieren-Wittingen-Gifhorn-Braunschweig. Der nächstgelegene Bahnhof zur Einbindung in das Fernverkehrsnetz befindet sich in Braunschweig.

¹⁾ Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Gifhorn, 1995

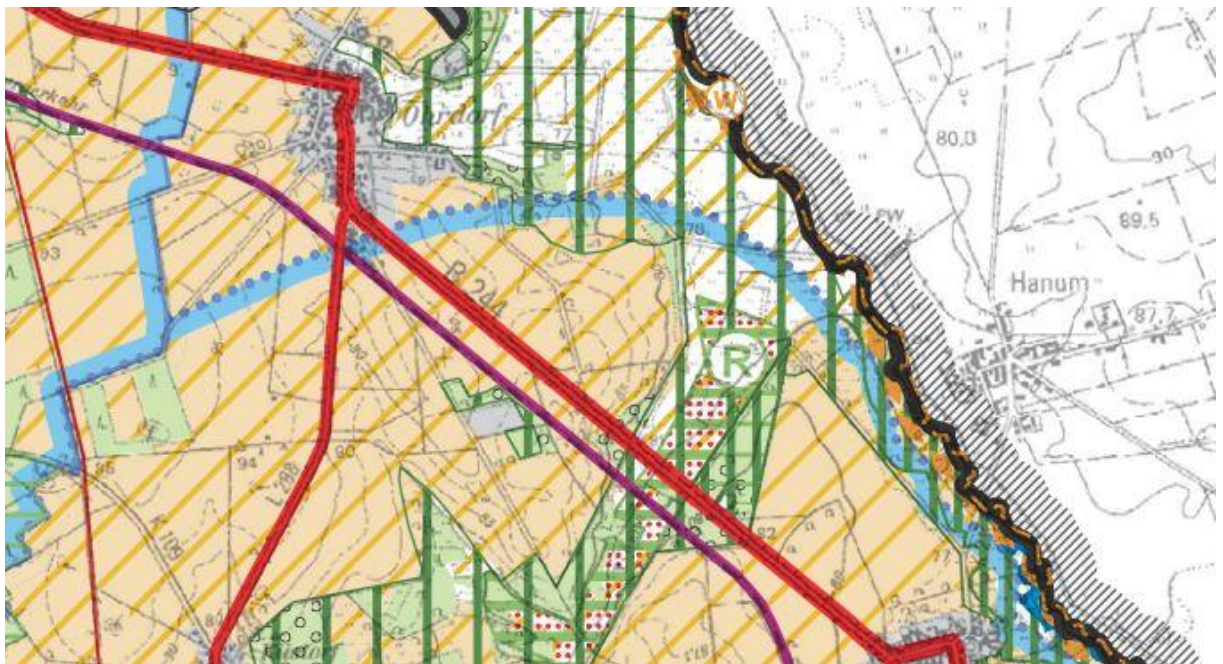
²⁾ Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2008, Fortschreibung 2017

³⁾ Zweckverband Großraum Braunschweig: Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig

Der westlich der Stadt gelegene Hafen besitzt einen direkten Anschluss an den in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Elbe-Seitenkanal. Über den Elbe-Seitenkanal sind die regional und überregional verlaufenden Wasser- und Schifffahrtswege (z.B. Mittel-landkanal, Elbe) zu erreichen.

Die Flächennutzungsplanänderung betrifft eine Fläche im Südosten der Gemarkung Ohrdorf. Für den nördlichen Teil des Plangebietes stellt der Flächennutzungsplan bereits Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Bioenergie" dar, welche als Baufläche in das RROP aufgenommen wurde.

Die Fläche liegt eingebettet in Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft - aufgrund seiner besonderen Funktion (III 2.1 (7)) und aufgrund seines Standortpotentials (III 2.1 (6))- und liegt in einem Vorbehaltsgebiet für die Trinkwassergewinnung (III 2.5.2 (7)). Nördlich, östlich und südöstlich grenzen Waldflächen an, welche als Vorbehaltsgebiet Natur- und Landschaft (III 1.4 (9)) festgelegt sind. Nordöstlich verlaufen die Trassen der stillgelegten aber immer noch gewidmeten Bahnstrecke Wittingen-Rühen der OHE sowie der Bundesstraße 244. Südlich und östlich sind die vorhandenen Waldflächen begleitend Vorbehaltsgebiet für Natur- und Landschaft (III 1.4 (9)) sowie gleichzeitig Vorranggebiet für ruhige Erholung (III 2.4 (4)).



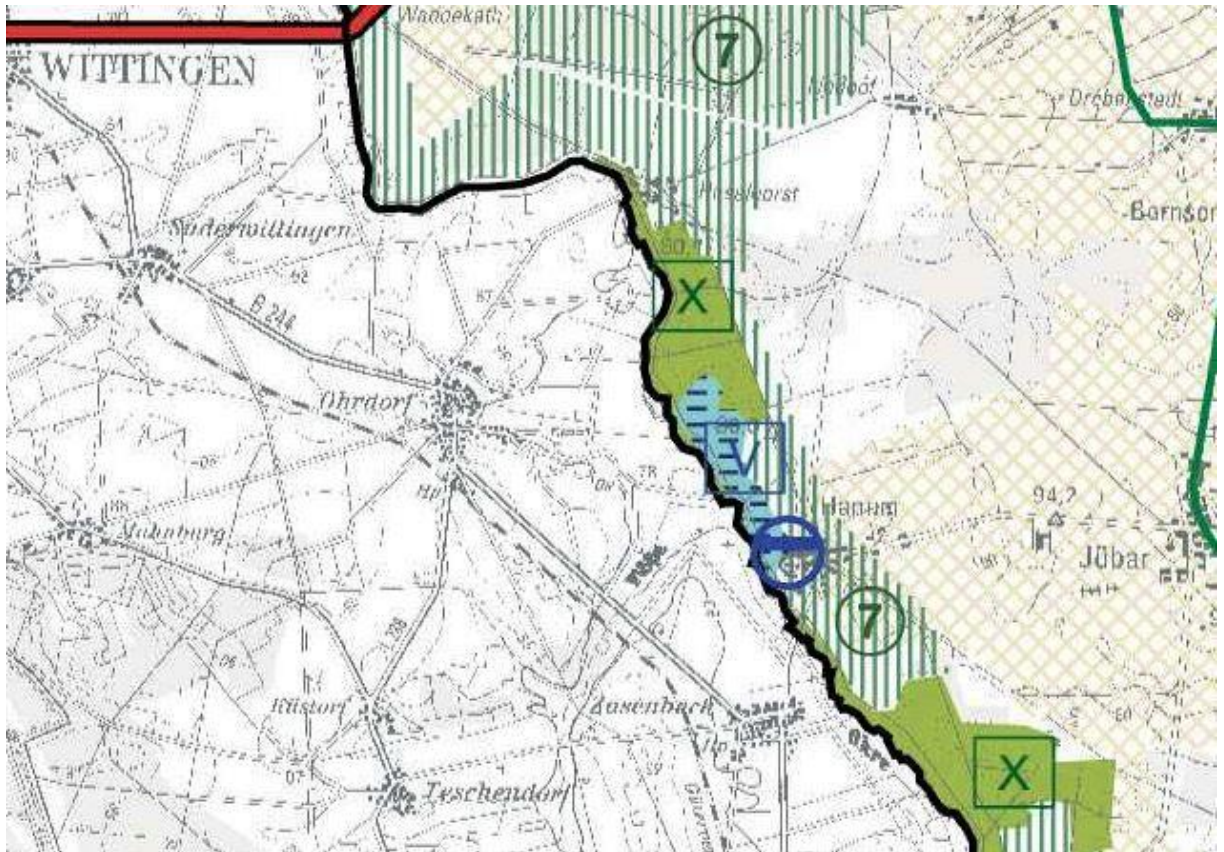
Ausschnitt aus dem RROP 2008

Der rd. 420 Einwohner zählende Ortsteil Ohrdorf liegt im Osten der Stadt Wittingen an der Bundesstraße B244 zwischen der Ortschaft Suderwittingen und Zasenbeck.

Ohrdorf liegt in unmittelbarer Nähe zu der Landesgrenze zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Das Vorhabengebiet selbst liegt rd. 1.700 m von der Landesgrenze entfernt.

Für den angrenzenden Bereich Sachsen-Anhalts gilt das Regionale Entwicklungsprogramm Altmark (REP Altmark). Östlich der Ohre verläuft ein Vorranggebiet Natur- und Landschaft sowie Vorbehaltsgebiet zum Aufbau eines ökologischen Verbundsystems. Hierbei handelt es sich um das "Grüne Band" im Verlauf der ehem. innerdeut-

schen Grenze. Zusätzlich befindet sich entlang der Ohre nördlich der Ortschaft Hanum ein Vorranggebiet für den Hochwasserschutz.



Ausschnitt aus dem REP Altmark

Entlang des Flussverlaufes der Ohre liegt das Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet Ohreaue, beidseitig der Landesgrenzen. Zur Sicherstellung der Verträglichkeit des Vorhabens mit dem Schutzgebiet wurde eine FFH-Verträglichkeits-Vorprüfung im Zuge der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes erstellt.

1.2 Entwicklung des Flächennutzungsplans/ Rechtslage/ Darstellungsform

Die 29. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wittingen bezieht sich auf die Gemarkung Ohrdorf.

Gemäß den aktuellen Darstellungen des Flächennutzungsplans besteht für den Änderungsbereich eine Ausweisung als Sonderbaufläche gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB mit der Zweckbestimmung "Bioenergie" sowie Flächen für die Landwirtschaft gem. § 5 Abs. 2 Nr. 9a) BauGB. Die landwirtschaftliche Fläche ist bereits mit Hähnchenmastställen bestanden. Die Sonderbaufläche wird für die Biogasanlage genutzt; innerhalb dieser ist die Errichtung weiterer Hähnchenmastställe geplant. Zu diesem Zweck wird die Sonderbaufläche um die Zweckbestimmung "Masttierhaltung" erweitert, sowie die bestehenden Stallanlagen erstmalig in die Sonderbaufläche einbezogen.

Die Planzeichendarstellung erfolgt nach der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990. Ferner wird die Neubekanntmachung der Baunutzungsverordnung vom 21.11.2017,

berücksichtigt. Dabei werden die für die Bebauung vorgesehenen Flächen nach der allgemeinen Art ihrer baulichen Nutzung gem. § 1 Abs. 1 BauNVO als Bauflächen dargestellt.

In einer Übersicht ist der Bereich mit dem Gegenstand der Änderung dargestellt.

1.3 Notwendigkeit der Planaufstellung, Ziele, Zwecke und Auswirkungen des Flächennutzungsplans

Die Aufstellung der 29. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wittingen wird erforderlich, um die Darstellungen des wirksamen Plans den Belangen der Landwirtschaft anzupassen. So soll die Ausweisung einer Sonderbaufläche (S) mit der Zweckbestimmung "Bioenergie und Masttierhaltung" dazu beitragen, flächenhafte Entwicklungsmöglichkeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb zu eröffnen, damit sich dieser zukunftsfähig am Markt behaupten kann.

Die konkreten Rahmenbedingungen für die Entwicklung werden im Zusammenhang mit den erforderlichen Genehmigungsverfahren festgelegt.

Entsprechend den Vorgaben des Baugesetzbuchs unterzieht die Stadt das Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans einer Umweltprüfung, die ihren Niederschlag im nachfolgenden, in die Begründung integrierten Umweltbericht gefunden hat. Dabei werden auch die Ergebnisse einer FFH-Verträglichkeits-Vorprüfung sowie eines Gutachtens zur Geruchs-, Ammoniak-, Staub- und Keimimmission sowie zur Stickstoffdeposition ausgewertet. Innerhalb des Umweltberichts ist darüber hinaus auch die verbal argumentativ geführte Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ergebnisorientiert dargestellt.

2.0 Planinhalt/ Begründung

2.1 Sonderbaufläche (S) gem. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauNVO

Das originär als Betriebsfläche für eine Biogasanlage sowie Ställen für die Hähnchenmast genutzte Grundstück im Außenbereich ist entsprechend seiner gewerblichen Nutzung nach der allgemeinen Art der baulichen Nutzung gem. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauNVO als Sonderbaufläche dargestellt. Die Fläche liegt rd. 1.500 m südöstlich des Ortsrandes von Ohrdorf.

Zur betrieblichen Erweiterung sind die Errichtung von weiteren Stallanlagen sowie die damit verbundene Erhöhung der Kapazität der Biogasanlage vorgesehen. Hierzu sollen in der bestehenden Sonderbaufläche weitere Stallanlagen errichtet werden, denen die derzeit formulierte Zweckbestimmung "Bioenergie" entgegensteht. Insofern erfolgt eine Erweiterung der Zweckbestimmung zu "Bioenergie und Masttierhaltung", um die geplante Ausdehnung der Stallanlagen südlich der Biogasanlage vorzubereiten.

Bezogen auf die Standortgebundenheit der Erweiterungsabsichten und der Lage der Flächen im Außenbereich, berücksichtigt das Vorhaben die städtebaulichen Belange hinsichtlich der Schonung unbeeinträchtigter Ackerflächen im Außenbereich sowie dessen Zersiedelung. Zusätzlich wird in der Biogasanlage neben dem Einsatz von

nachwachsenden Rohstoffen (NaWaRos) auch der anfallende Hähnchenmist in die Anlage eingebracht.

Eine Bebaubarkeit ist mit der vorliegenden Änderung noch nicht gegeben, da die Fläche unabhängig von den Darstellungen des Flächennutzungsplans weiterhin dem Außenbereich im Sinne von § 35 BauGB zuzuordnen ist. Hierzu wird ein entsprechendes Genehmigungsverfahren erforderlich.

2.2 Erschließung

Die straßenverkehrliche Erschließung ist über den westlich verlaufenden Feldweg an die L 188 gegeben. Durch die geplante bauliche Erweiterung und die ggf. resultierenden Mehrverkehre wird entsprechend der Stellungnahme des betroffenen Straßenbaulastträgers der Landesstraße, die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Wolfenbüttel, eine Erweiterung des Feldweges im Bereich der Einmündung (Nutzung durch die vorhandene Tankstelle und Raiffeisen Waren GmbH) auf 5,50 m erforderlich, so dass Begegnungsverkehr stattfinden kann.

2.3 Immissionsschutz

- Geruch, Staub, Ammoniak und Bioaerosole

Zur Einschätzung der Geruchs-, Staub-, Ammoniak- und Bioaerosolbelastung wurde ein Gutachten⁴⁾ erstellt, welches neben den geplanten Neubauten auch den Bestand am Standort sowie in der näheren Umgebung einbezieht. Bei den bestehenden Stallanlagen sowie der Biogasanlage geht das Gutachten von dem genehmigten Bestand aus; einer der bestehenden Ställe soll mit einer Abluftreinigung entsprechend der Neubauten ertüchtigt werden. Für die drei neuen Ställe werden Abluftreinigungen mit einer Minderung des Geruchs um 50 %, von Ammoniak um 80 % und von Staub um mind. 70 % in Ansatz gebracht. Unter Ansatz der Häufigkeitsverteilung der Winde in der Region, mit dem Maximum der Winde aus Südwesten und dem Minimum aus Norden, und der standortbedingten Spezifik ermittelt das Gutachten anhand der einschlägigen Gesetze und Richtlinien die Belastung im Umfeld.

- Geruch

Durch die Umsetzung des Vorhabens kommt es zu einer erhöhten Wahrnehmungshäufigkeit im Umfeld des Vorhabens. Aufgrund der Entfernung zu den nächsten Ortslagen sind für schutzbedürftige Nutzungen keine wesentlichen Änderungen festzustellen; eine Unterschreitung der maßgebenden Richtwerte kann sichergestellt werden.

- Ammoniak

Für ackerbaulich geprägte Gebiete ist eine Ammoniakvorbelastung anzunehmen. Auf der Grundlage vorhandener Daten, geht das Gutachten von einer Vorbelastung von 4 µg/m³ (Nanogramm je Kubikmeter) im Jahresmittel aus. Von erheblichen Nachteilen durch Schädigung empfindlicher Pflanzen und Ökosysteme ist i.d.R. nicht auszugehen, wenn eine Zusatzbelastung unter 3 µg/m³ oder eine Gesamtbelastung von 10 µg/m³ im Jahresmittel unterschritten wird. Eine Überschreitung beider Werte weist

⁴⁾ Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: Geruchs-, Ammoniak-, Staub- und Keimimmissionen sowie Stickstoffdeposition - Gutachten zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen, Gutachten GTA 17.053, Oederquart, 7. März 2017

das Gutachten für die östlich angrenzenden Waldflächen nach. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist der Nachweis zu führen, dass eine Überschreitung der relevanten Werte des Ammoniaketrages durch die Neuplanung mittels geeigneter technischer oder anderer Maßnahmen nicht erfolgt, und somit keine erheblichen Auswirkungen für die Waldbesitzer anzunehmen sind.

- Stickstoffdeposition

Besonders betroffen von überhöhtem Stickstoffeintrag sind Wald-, Moor- und Heideökosysteme. Dieses betrifft vordringlich die Waldflächen im Norden und Osten des Vorhabenstandortes. Hier kommt das Gutachten zu der Aussage, dass in Gegenüberstellung zu der genehmigten Ist-Situation es durch die eingebauten Filteranlagen bei den neu geplanten sowie der einen Bestandsanlage zu keiner Verschlechterung des Eintrages kommen wird. Das Ergänzungsgutachten⁵⁾ ermittelt eine Überschreitung der Orientierungswerte auf der östlich angrenzenden Waldfläche in einem Umfang von rd. 1,2 ha, für welche eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes auszugehen ist. Ein vollständiger Biotoptypverlust wird voraussichtlich nicht eintreten. Um jedoch keinen Umweltschaden nach § 19 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) wird eine Neuerrichtung des Waldbiotopes an anderer Stelle im Verhältnis 1:1 empfohlen.

Bei der Zusatzbelastung des FFH- Gebietes "Ohreaue" wird die Gesamtbelastung aus Bestand und Planung zugrunde gelegt. Ausgenommen wird die eine Stallanlage, welche vor Gebietsmeldung des Gebietes an die EU von 2004 genehmigt und errichtet wurde. Der von dem Landkreis Gifhorn vorgegebene Irrelevanzwert für eine Zusatzbelastung von 0,3 kg N/ha*a (Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr) wird laut Ergebnis der Ausbreitrechnung zwar für einzelne Flächen des FFH-Gebietes überschritten, für die relevanten Waldbiotope jedoch liegt keine Überschreitung vor, so dass eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes nicht zu erwarten ist. Die FFH-Verträglichkeitsuntersuchung⁶⁾ kommt zu dem gleichen Ergebnis.

- Feinstaub

Der Feinstaub wird in Partikelgrößen von kleiner 10 µm (PM 10) und kleiner 2,5 µm (PM 2,5) unterschieden. Für PM 10 gilt ein Grenzwert von max. 40 µg/ m³ und ein 24-Stundenmittel von max. 50 µg/m³ bei max. 35 Überschreitungen pro Jahr. Für PM 2,5 gilt ein Grenzwert von max. 25 µg/ m³; ein Grenzwert für ein 24-Stundenmittel existiert nicht. Der Irrelevanzwert für PM 10 wird mit 1,2 µg/ m³ und der für PM 2,5 mit 0,75 µg/ m³ formuliert. Im Nahbereich der Anlagen kommt es zu einer Überschreitung der Irrelevanzwerte sowie des Wertes für PM 10. An der nächstgelegenen Bebauung von Ohrdorf werden Erhöhungen der Werte von bis zu 0,2 µg/m³ errechnet. Insofern ist für die nächste Wohnbebauung von keiner wesentlichen Verschlechterung auszugehen. Inwiefern Maßnahmen zum Schutz von Arbeitsplätzen im Planbereich erforderlich werden, ist im Rahmen der Genehmigungsebene zu klären.

- Bioaerosole

Für die Beurteilung von möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Bioaerosole sind unter Berücksichtigung bereits vorhandenen Belastungen durch Tierhaltungsbetriebe Abstände definiert, bei denen eine Beeinträchtigung ausgeschlossen

⁵⁾ Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: Naturschutzfachliche Ergänzung, Zusatzgutachten zum Gutachten GTA 17.053 Geruchs-, Ammoniak-, Staub- und Keimimmissionen sowie Stickstoffdeposition - Gutachten zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen, GTA 17.087, Oederquart, 12. April 2017

⁶⁾ Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: FFH-Verträglichkeitsstudie zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen in 29378 Wittingen, FFH 17.088, Oederquart, 2. Mai 2017

sen werden kann. Wohn- bzw. Aufenthaltsorte von Personen sind im Umkreis von 500 m sowie empfindliche Nutzungen, wie z. B. Krankenhäuser, im Umfeld von 1.000 m nicht vorhanden. Hinzu kommt, dass die neu geplanten und eine Altanlage mit Filteranlagen ausgestattet werden sollen, so dass keine Gefährdungen zu erwarten sind.

Im Ergebnis kommt das Gutachten zu der abschließenden Beurteilung:

- Zitat Anfang

Unter den gegebenen Annahmen

- *liegen die prognostizierten Immissionshäufigkeiten für Geruch im Siedlungsbereich von Ohrdorf auch weiterhin deutlich unter den hier anzusetzenden Grenzwerten,*
- *befinden sich im geruchlichen Haupteinwirkungsbereich der geplanten Anlage keine Wohnhäuser oder andere Orte, an denen sich Menschen nicht nur vorübergehend aufhalten,*
- *kommt es durch die Bauvorhaben zu einer anlagenbezogenen Überschreitung der Ammoniakzusatzkonzentration von $3 \mu\text{g m}^{-3}$ bzw. $10 \mu\text{g m}^{-3}$ Gesamtbelastung im Jahresmittel im angrenzenden Waldgebiet,*
- *zeigt die durchgeführte Betrachtung der anlagenbezogenen Stickstoffdeposition aus NH_3 , dass der derzeitige sog. Abschneidewert in Höhe von $5 \text{ kg N ha}^{-1} \text{a}^{-1}$ an den umliegenden Waldflächen nach den derzeit in Niedersachsen geltenden Berechnungsvorgaben bislang auf einer Fläche von 77.387 m^2 und im Planzustand auf einer Fläche von 75.937 m^2 überschritten wird,*
- *liegt die Zusatzbelastung mit Feinstaub (PM 10) und Schwebstaub (PM 2,5) durch das Vorhaben ausschließlich im direkten Anlagenbereich oberhalb der jeweiligen Irrelevanzgrenze und ist somit in den Bereichen, in denen sich Personen nicht nur vorübergehend aufhalten, vernachlässigbar gering. Eine Überschreitung der nach TA-Luft 2002 zulässigen Staubimmissionswerte ist auszuschließen. Gleiches gilt für die Gesamtstaubdeposition,*
- *sind Gesundheitsgefahren, ausgehend von Bioaerosolemissionen der Anlage nach Prüfung des Standortes gemäß dem Erlass "Abluftreinigungsanlagen in Schweinehaltungsanlagen und Anlagen für Mastgeflügel sowie Bioaerosolproblematik in Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen durch Mikroorganismen und Endotoxine aus Stallanlagen" auszuschließen.*

- Zitat Ende

2.4 Natur und Landschaft

Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB sind die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts durch eine Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu berücksichtigen. Da auf Flächennutzungsplanebene Anhaltspunkte wie der konkrete Versiegelungsbedarf durch Gebäude, Erschließungsanlagen usw. fehlen, kann dieses nur überschlägig anhand von Programmen und allgemeinen Untersuchungen bezogen auf die allgemeinen Darstellungen des Plans erfolgen.

Nach den Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms⁷⁾, des Landschaftsrahmenplans für den Landkreis Gifhorn und des Flächennutzungsplans der Stadt sowie den interaktiven Niedersächsischen Umweltkarten der Umweltverwaltung (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz) sowie dem NIBIS®-Kartenserver des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) bestehen für den Planbereich keine ausgewiesenen naturräumlichen Schutzgebiete bzw. Objekte oder Vorkommen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten.

Im Bestand existieren bereits eine Biogasanlage sowie vier Stallanlagen für die Hähnchenmast.



Entsprechend der Biotoptypkartierung des Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg⁸⁾ ist der überwiegende Teil des Plangebietes bereits versiegelt. Bei der östlich der Biogasanlage geplanten Erweiterungsfläche handelt es sich überwiegend um Ackerland. Nördlich und östlich grenzen Waldflächen an.

⁷⁾ Zweckverband Großraum Braunschweig: Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig
⁸⁾ siehe Fußnote ⁴⁾



Prof. Dr. Oldenburg, Biotoptypkartierung 2016

Neben den Eingriffen durch die direkte Inanspruchnahme durch bauliche Nutzungen sind die Emissionen und die verbundenen Einflüsse auf die unterschiedlichen Biotoptypen außerhalb des Vorhabenstandortes zu betrachten (siehe Kap. 2.3).

Wesentliche Eingriffe in die Schutzgüter von Natur und Landschaft wird der Plan auf das Schutzgut Boden und Grundwasser durch Versiegelungen vorbereiten. Diese werden im Rahmen der weitergehenden Planungsebenen anhand der konkreten Vorhaben zu bilanzieren sein und ausgeglichen werden müssen.

Unter Beachtung des Landschaftsbildes dienen die vorhandenen Anlagen sowie die Waldbereiche nördlich und östlich der Abschirmung der neuen Anlagen.

Nach Auswertung der übergeordneten Planwerke sowie den Informationssystemen zur Umwelt und einer Vor-Ort-Begehung, bestehen aktuell keine Anhaltspunkte dafür, dass die Planung besondere, nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen in den Naturschutz und die Landschaftspflege vorbereitet (siehe auch Pkt. 3.0 Umweltbericht).

3.0 Umweltbericht

3.1 Einleitung

3.1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans

Die 29. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wittingen betrifft die Gemarkung Ohrdorf und hat die Darstellung von rd. 3,5 ha Sonderbauflächen gem. § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Bioenergie und Masttierhaltung" zum Inhalt.

Die Zweckbestimmung der Sonderbaufläche soll um die "Masttierhaltung" erweitert werden, um die Errichtung von weiteren Stallanlagen für die Hähnchenmast zu ermöglichen. Die Flächengröße der bestehenden Sonderbaufläche wird beibehalten. Der Flächennutzungsplan bereitet eine Nutzung vor, welche nach Bundes-Immissionsschutzgesetz als Störfallbetriebe oder Störfallstandorte im Sinne von § 3 Abs. 5b und 5c BImSchG zu beurteilen ist. Aufgrund des Abstandes zur Wohnsiedlung sowie zu Straßen und Eisenbahnstrecke sowie der bereits bestehenden Nutzung als Biogasanlage sowie Ställen für die Masttierhaltung, werden keine Hinderungsgründe für eine Umsetzung gesehen. Die Abschließende Klärung hat auf der Ebene der Genehmigung zu erfolgen.

3.1.2 Ziele des Umweltschutzes

Die Stadt berücksichtigt bei der Planänderung insbesondere folgende, in den einschlägigen Fachgesetzen und Normen festgelegte Ziele des Umweltschutzes:

- Schutz, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft⁹⁾
- Schutz vor und Vermeidung von schädlichen Umwelteinwirkungen¹⁰⁾¹¹⁾

Konkrete Ziele und Bewertungsmaßstäbe wurden aus den umweltbezogenen Darstellungen und Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms¹²⁾, des Landschaftsrahmenplans für den Landkreis Gifhorn, des Flächennutzungsplans der Stadt sowie den interaktiven Niedersächsischen Umweltkarten der Umweltverwaltung (Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz) sowie dem NIBIS®-Kartenserver des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) entnommen und dem vorgefundenen Bestand gegenübergestellt.

Aufgrund der mit der Tierhaltung verbundenen Emissionen, gerade in Bezug auf Ammoniak- und Stickstoffeintrag in der Umgebung wurden Gutachten¹³⁾ erstellt, welche die Einflussnahme untersuchen (siehe Kapitel 2.3).

Der Inhalt und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung erfolgt, bezogen auf die grundsätzlichen Aussagen eines Flächennutzungsplans, als vorbereitender Bauleitplan, der nicht unmittelbar auf Vollzug ausgelegt ist. Detaillierte Anhaltspunkte wie der konkrete

⁹⁾ Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

¹⁰⁾ Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

¹¹⁾ DIN 18005

¹²⁾ Zweckverband Großraum Braunschweig: Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig

¹³⁾ siehe Fußnoten ⁴⁾, ⁵⁾, ⁶⁾

Versiegelungsbedarf durch Gebäude, Erschließungsanlagen usw. fehlen auf dieser Planungsebene. Gegenstand der Prüfung ist, ob die beabsichtigte Flächendarstellung mit Blick auf die umweltbezogenen Ziele zulässig ist und ob mögliche erhebliche Umwelteinwirkungen durch Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen in der Gesamtschau zu keinen erheblich nachteiligen Beeinträchtigungen führen können.

3.2 Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

3.2.1 Bestand

a) Naturräumliche Schutzgüter

Naturschutzfachliche Festlegungen im RROP bestehen für den Planbereich nicht. Er ist überwiegend nachrichtlich als Baufläche dargestellt. Aufgrund des hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotenzials und der Funktion sind die Flächen südlich und westlich des Standortes Teil eines Vorbehaltsgebiets "Landwirtschaft". Die Waldflächen nördlich, östlich und südöstlich Angrenzend sind als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft festgelegt. Der Geltungsbereich selbst ist bereits als Siedlungsfläche dargestellt.

Der Landschaftsrahmenplan zählt den Änderungsbereich zu den ackerbaulich genutzten Flächen und wertet den Bereich mit einer Grundbedeutung für Arten und Lebensgemeinschaften (Karte 1: wichtige Bereiche für Arten und Lebensgemeinschaften).

Die Landschaftsbildeinheit besitzt hier eine grundsätzliche Bedeutung; erlebniswirkendes Einzelelement. Schutzgebiete oder Objekte, die unter Schutz stehen, bestehen ebenso wenig wie Gebiete oder Objekte, die die Voraussetzung zur Unterschutzstellung erfüllen.

Nach der Vor-Ort-Bestandsaufnahme im Sommer 2016 handelt es sich bei dem Änderungsbereich zum größten Teil um Flächen, welche bereits eine bauliche Nutzung erfahren haben resp. östlich an die Biogasanlage um Ackerflächen (siehe Pkt. 2.4 Natur und Landschaft) angrenzend.

Im Grundsatz führen die geplante Überformung des Ackers durch die Errichtung weiterer Stallanlagen zu erheblichen Eingriffen, insbesondere für das Schutzgut Boden (und Grundwasser) durch Versiegelungen im Bereich der Bebauung. Durch die Neuversiegelung unversiegelter Flächen kann sich die Abflussrate von in den Baugebieten anfallendem Oberflächenwasser erhöhen, wobei davon auszugehen ist, dass anfallendes Oberflächenwasser vor Ort versickert werden wird. Da die Fläche bereits im wirksamen Flächennutzungsplan mit Baufläche überplant ist, ändert sich der planungsrechtliche Zustand alleinig um die Erweiterung der Zweckbestimmung "Massetierhaltung".

Neben dem Eingriff durch die konkreten Baumaßnahmen durch die vorhandene und geplante Nutzung vor Ort bedürfen die ausgehenden Emissionen einer genaueren Betrachtung. Hierzu wurden mehrere Fachgutachten¹⁴⁾ erstellt, welche neben der Geruchs-, Staub-, Ammoniak- und Bioaerosolbelastung auch die Verträglichkeit des Vorhabens mit dem in rd. 1.700 m in Richtung Osten angrenzenden FFH-Gebiet Oh-

¹⁴⁾ siehe Fußnoten 4, 5, 6

reaue zum Untersuchungsinhalt hatte. Im Ergebnis kommen die Gutachten zu dem Schluss, dass eine Verträglichkeit gegeben ist; aufgrund der Beeinträchtigung der Waldflächen östlich des Standortes hat jedoch zur Vermeidung eines Umweltschadens nach § 19 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine Fläche von rd. 1,2 ha ersetzt zu werden (siehe Pkt. 2.3 Immissionsschutz).

b) Kultur- und Sachgüter

Bau- und Bodendenkmäler sowie Verdachtsstellen für Bodenfunde bestehen für den Änderungsbereich und seine nähere Umgebung nicht. Beeinträchtigungen für das Schutzgut bereitet die Flächennutzungsplanänderung insofern nicht vor.

Die bauliche Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen für eine Errichtung von Stallanlagen vernichtet zunächst entsprechende Wirtschaftsflächen. Die Beeinträchtigungen sind als gering erheblich zu werten, da die Fläche bereits durch den Flächennutzungsplan für eine Nutzung durch die Biogasanlage vorgesehen war.

c) Schutzgut Mensch

Beeinträchtigungen der Bevölkerung sind durch die Lage des Plangebietes außerhalb des Siedlungsbereiches nicht zu erwarten.

Aufgrund der Abstände der stillgelegten Bahnstrecke von rd. 50 m und der B 244 von rd. 220 m zum östlichen Planbereich ist hier von keiner erheblichen Belastung auf das Plangebiet auszugehen. Da sonstiges Wohnen innerhalb des Planbereiches nicht zulässig sein wird, ist hier auf die temporär vorliegenden Arbeitsplätze abzustellen. Beurteilungsgrundlage für die gesunden Arbeitsverhältnisse in Hinblick auf den Verkehrslärm bildet die 16. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (16. BImSchV).

d) Bodenschutz

Der Änderungsbereich ist Teil der Börde. Der Boden im Gebiet ist den Parabraunerden zuzurechnen. Der Bodentyp besitzt ein hohes Wasserspeichervermögen und ist ein ertragreicher und ertragssicherer Ackerstandort mit sehr hoher Bodenfruchtbarkeit, jedoch auch stark erosionsgefährdet.

Aufgrund der bereits vorhandenen Nutzungen ist von einer Vorbelastung des Bodens auszugehen. Die vorliegenden Gutachten berücksichtigen bereits die Einträge durch die geplante Nutzung in das Schutzgut. Eine abschließende Klärung hat auf der Ebene der Genehmigungsplanung zu erfolgen.

3.2.2 Entwicklungsprognose

Die Fläche ist bauplanungsrechtliche bereits als Sonderbauflächen vorbereitet. Durch die vorliegende Planung wird lediglich die Zweckbestimmung um die Begrifflichkeit der Massentierhaltung erweitert, welche unmittelbar südlich auch bereits existiert. Landwirtschaftlich genutzte Fläche wird zugunsten von Stallanlagen dauerhaft überformt; ein naturnaher Biotoptyp wird zum größten Teil durch einen künstlichen Biotoptyp ersetzt. Neben dem Verlust des Landschaftsraumes verursacht die bauliche Inanspruchnahme Versiegelungen des Bodens und im geringen Maße auch eine Verdrängung von Tieren des Offenlandes, die zwar reversibel sind, aber auf Dauer angelegt sind.

3.2.3 Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung sowie zur Kompensation

a) Naturräumliche Schutzgüter

Die naturräumlichen Beeinträchtigungen, insbesondere die für das Schutzgut Boden ermittelten Eingriffe, sind auf der weiteren Planungsebene, die konkrete Grundlagen liefert, gem. § 1a Abs. 3 BauGB anhand der abschließenden Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) abzuhandeln und auszugleichen. Für einen solchen Ausgleich kommen Entsiegelungen aber auch Flächenstilllegungen und Gehölzpflanzungen zur Verbesserung des Bodenlebens und der Bodendurchlässigkeit in Betracht. Diese sind im Rahmen der Genehmigungsplanung zu klären.

Zur ausreichenden Berücksichtigung der artenschutzrechtlichen Belange ist innerhalb der weiteren Planungsebenen ggf. eine weitergehende Grundlagenermittlung erforderlich zur Entscheidung darüber, ob hier spezielle Tierartenkartierungen erforderlich sind.

Für den Fall, dass streng geschützte oder gefährdete Tierarten angetroffen werden, sind weitergehende Maßnahmen fachgerecht gem. § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

b) Schutzgut Mensch

Als vordringliche Maßnahme zur Vermeidung von Emissionsbeeinträchtigungen des Anlagenstandortes wird ein Bereich, welcher bereits eine Vorprägung besitzt, außerhalb der Ortslagen gewählt.

Im Genehmigungsverfahren wird nachzuweisen sein, inwiefern die Auswirkungen auf das resp. aus dem Vorhaben resultieren.

c) Bodenschutz

Zum Schutz des Bodens vor Verunreinigungen sind insbesondere zu beachten:

- die Pflichten zur Gefahrenabwehr nach § 4 Abs. 1 BBodSchG und die Vorsorgepflicht nach § 7 BBodSchG,
- Mutterboden, der abgetragen wird, ist gemäß § 202 BauGB vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen und einer geeigneten Nutzung zuzuführen.

Ziel eines Bodenmanagements ist die weitgehende Minimierung von schädlichen Bodenveränderungen und der möglichst weitgehende Erhalt der natürlichen Bodenfunktionen auf den verbleibenden Freiflächen. Dies beinhaltet unter anderem die Erstellung eines Verwertungskonzeptes für die anfallenden Bodenmassen (z. B. Vermeidung von Durchmischung, Vermeidung von Erosion bei Zwischenlagerung etc.) sowie eines Umgangskonzeptes für die schonende Benutzung des Bodens (z. B. Vermeidung von Bodenverdichtung und Zerstörung der Bodenprofile durch geeignete Maßnahmen) während der Erschließungstätigkeit. Es wird daher angeregt, eine bodenkundliche Baubegleitung in den verschiedenen Phasen der Planung und der Ausführung zu integrieren."

3.2.4 Andere Planungsmöglichkeiten

Mit Blick auf das vorrangige Ziel der Flächennutzungsplanänderung, die bestehenden Bauflächen im Flächennutzungsplan um eine Zweckbestimmung zu erweitern, bestehen mit Blick auf die Vorgaben der BauNVO keine Alternativen zur Darstellung einer Sonderbaufläche. Bezogen auf den Bestand der Biogasanlage und Massentierhal-

tung wird die Anpassung der Zweckbestimmung für die bereits vorbereitete Bauflächen als zielführend erachtet.

Eine Ausweisung von Entwicklungsflächen für die Massentierhaltung an anderer Stelle macht sowohl wirtschaftlich wie ökologisch keinen Sinn, da hierfür eine neue technische und verkehrliche Infrastruktur geschaffen werden müsste mit der Folge eines entsprechend höheren Ressourceneinsatzes.

Bei Verzicht auf die Planung wäre die bauliche Entwicklung der Fläche östlich der bestehenden Biogasanlage einzig für eine Erweiterung der beschränkt.

3.3 Zusatzangaben

3.3.1 Verwendete Verfahren/ Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Umweltprüfung

(wird im weiteren Planverfahren ergänzt)

3.3.2 Überwachung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt

(wird im weiteren Planverfahren ergänzt)

3.3.3 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

(wird im weiteren Planverfahren ergänzt)

3.3.4 Quellenangaben

- Regionalverband Großraum Braunschweig: Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig, 1. Änderung (Entwurf)
- Landkreis Gifhorn: Landschaftsrahmenplan
- Stadt Wittingen: Flächennutzungsplan
- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
- Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung)
- Fauna-Flora-Habitatrichtlinie - FFH-Richtlinie, vom 21. Mai 1992, 92/43/EWG
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz: Interaktive Niedersächsische Umweltkarten der Umweltverwaltung
- Bekanntmachung der EU-Vogelschutzgebiete im Niedersächsischen Ministerialblatt (Nds. MBl. Nr. 44/2009 v. 11.11.2009, S. 961)
- Niedersächsisches Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG)
- Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 16. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (16. BImSchV)
- Sechste allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG): Technische Anleitung zum Schutz vor Lärm (TA-Lärm)
- Runderlass des Niedersächsischen Sozialministeriums vom 10.02.1983 (14.11.1 Begriffsbestimmungen)

- DIN 18005
- Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)
- Länderarbeitsgemeinschaft Abfall: Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen: Teil II: Technische Regeln für die Verwertung, 1.2 Bodenmaterial (TR Boden)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz- WHG)
- Niedersächsisches Wassergesetz (NWG)
- Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG): NIBIS®-Kartenserver
- Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND)
- Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft-TA Luft)
- Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: Geruchs-, Ammoniak-, Staub- und Keimimmissionen sowie Stickstoffdeposition - Gutachten zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen, Gutachten GTA 17.053, Oederquart, 7. März 2017
- Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: Naturschutzfachliche Ergänzung, Zusatzgutachten zum Gutachten GTA 17.053 Geruchs-, Ammoniak-, Staub- und Keimimmissionen sowie Stickstoffdeposition - Gutachten zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen, GTA 17.087, Oederquart, 12. April 2017
- Ingenieurbüro Prof. Dr. Oldenburg: FFH-Verträglichkeitsstudie zur Errichtung von drei Hähnchenmastställen in 29378 Wittingen, FFH 17.088, Oederquart, 2. Mai 2017

4.0 Maßnahmen der technischen Infrastruktur

Durch die Ergänzung der Zweckbestimmung treten keine wesentlich geänderten Bedingungen gegenüber dem wirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Wittingen ein. Die Einbindung der Nutzung in die technischen Infrastrukturen der Stadt ist, falls erforderlich, über Erweiterungen der bestehenden Netze für Trinkwasser, Strom, Gas, Telekommunikation, Abwasser usw. möglich.

5.0 Flächenbilanz

Die 29. Änderung des Flächennutzungsplans weist auf insgesamt rd. 3,5 ha Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Bioenergie und Massentierhaltung" aus.

6.0 Hinweise aus Sicht der Fachplanungen

- Verkehr

Die **Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Wolfenbüttel**, teilt mit Stellungnahme vom 08.08.2014 Folgendes mit:

Die Erschließung der vorhandenen Biogasanlage und der Hähnchenställe erfolgt über einen ca. 3,50 m breiten asphaltierten Weg, der an die L 289 einmündet. Dieser Weg wird auch als Zuwegung zur Raiffeisen Waren GmbH mit öffentlicher Tankstelle genutzt.

Durch die Erweiterung der Mastanlagen und dem damit einhergehenden Mehrverkehr zwischen der Einmündung zur L289 und Raiffeisen Waren GmbH ist ein Begegnungsverkehr nicht möglich. Der Weg ist in diesem Bereich für den Begegnungsverkehr mit mindestens 5,50 m Breite verkehrsgerecht herzustellen

7.0 Ablauf des Planaufstellungsverfahrens

(wird nach dem Planverfahren ergänzt)

8.0 Zusammenfassende Erklärung

8.1 Planungsziel

(wird nach dem Planverfahren ergänzt)

8.2 Berücksichtigung der Umweltbelange und der Beteiligungsverfahren/ Abwägung

(wird nach dem Planverfahren ergänzt)

9.0 Verfahrensvermerk

Die Begründung hat mit den zugehörigen Beiplänen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom bis in der Stadt Wittingen öffentlich ausgelegen.

Sie wurde in der Sitzung am durch den Rat der Stadt unter Berücksichtigung und Einschluss der Stellungnahmen zu den Bauleitplanverfahren beschlossen.

Wittingen, den

.....

(Bürgermeister)